

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten KO Herbert Kickl, Michael Schnedlitz  
und weiterer Abgeordneter  
**betreffend „Österreich-Gutschein“**

*eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 7, Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Antrag 489/A der Abgeordneten Norbert Sieber, Mag. Markus Koza, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 und das Arbeiterkammergesetz 1992 geändert werden (6. COVID-19-Gesetz) (126 d.B.), in der 27. Sitzung des Nationalrates, XXVII. GP, am 28. April 2020*

Die Maßnahmen der Bundesregierung im Zuge der Coronavirus-Krise führen zu einer historischen Wirtschaftskrise.

Mehr als 1,5 Millionen Menschen haben ihre Arbeit verloren oder haben durch die Kurzarbeit deutlich weniger Einkommen. Zigtausende Wirtschaftstreibende haben ebenfalls ihre Einkommensgrundlage verloren. Und mit all diesen Menschen auch ihre Familien!

Die österreichische Wirtschaft ist am Boden, zigtausende Betriebe wurden zwangsgeschlossen. Ob viele Unternehmer, Gastronomiebetriebe, Touristiker, Handwerker, aber auch Dienstleister die Corona-Maßnahmen der Regierung wirtschaftlich überleben, darf angezweifelt werden. Dass die Auftragslage plötzlich wieder in die Höhe schießt, ist unwahrscheinlich. Sämtliche Wirtschaftsforscher prognostizieren eine schwere Rezession. Hand in Hand mit einer drohenden gigantischen Pleitewelle geht der Konsumschock.

Die Bevölkerung und die heimischen Wirtschaftstreibenden haben nichts von Versprechungen. Von Hoffnung allein können sie nicht leben, sie brauchen jetzt konkrete Hilfe und Sicherheit.

Wenn wir die drohende massive Pleitewelle abfedern und den Binnenkonsum fördern wollen, braucht es schnelle Maßnahmen, die möglichst viele Menschen erreichen und rasch die Kaufkraft der Österreicher, insbesondere der Familien, stärken. Jeder Österreicher und jede Österreicherin soll daher völlig unabhängig vom Alter „Österreich-Gutscheine“ in der Höhe von insgesamt 1.000.- Euro erhalten. Für eine vierköpfige Familie sind das 4.000.- Euro.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten daher nachstehenden

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, jedem österreichischen Staatsbürger Gutscheine im Wert von insgesamt 1.000.- Euro auszustellen, die nur bei heimischen und in Österreich steuerpflichtigen Betrieben eingelöst werden können.“



27/4



